

A n t r a g
auf Gewährung einer Zuwendung
(nicht für Gedenkstättenbesuche und -projekte)

Stand: Januar 2020

An die
Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ)
Referat I / 1
Taunusstraße 4-6
65183 Wiesbaden

Name der Antragstellerin/des Antragstellers: _____

ggf. Institution: _____ Ort: _____

Postanschrift: _____

ggf. Funktion der/des Verantwortlichen: _____

Telefon dienstlich: _____ Telefon Mobil: _____

E-Mail-Adresse (direkte Erreichbarkeit): _____

Bitte ebenfalls vollständig angeben:

Name Kontoinhaberin/-inhaber: _____

Geldinstitut: _____ BIC/SWIFT-Code: _____

IBAN: _____

I. Antrag auf Gewährung einer Zuwendung in Höhe von

EUR _____

Die Zuwendung soll folgendem Zweck dienen (kurze Darstellung des Projekts inkl. Datum, Beginn, Dauer und Veranstaltungsort. Erläuterungen bzw. Programm/Ablaufplan bitte gesondert beifügen):

II. Kostenvoranschlag für das Gesamtvorhaben bzw. das
Teilvorhaben, für das die Zuwendung beantragt wird

a) Honorarkosten _____ EUR

b) Fahrtkosten _____ EUR

c) Unterbringungs- und Verpflegungskosten _____ EUR

d) Sonstige Kosten (z. B. Druck- und Materialkosten, Saalmiete etc.)* _____ EUR

Gesamtkosten: _____ **EUR**

* Bitte aufschlüsseln/Aufstellung beifügen

III. Finanzierungsplan

1. Eigenmittel des Antragstellers/der Institution	_____	EUR
2. Teilnehmereigenleistungen	_____	EUR
3. Spenden u. ä.	_____	EUR
4. Zuschüsse anderer Stellen (Kommune, Bund)**	_____	EUR
5. Zuschüsse Land Hessen**	_____	EUR
6. Abzüglich Einnahmen aus Eintrittsgeldern/Verkauf	_____	EUR
7. Tatsächliche Kosten	_____	EUR
8. Beantragter Zuschuss der HLZ	_____	EUR
Gesamtkosten des Vorhabens:	_____	EUR

**** Bitte aufschlüsseln/Aufstellung beifügen und Zuschussgeber benennen**

Bei Veröffentlichungen, öffentlichen Veranstaltungen und ähnlichen Projekten weisen wir auf die Förderung durch die HLZ hin und verwenden nach Möglichkeit deren Logo.

Zuwendungen werden unter den Voraussetzungen der §§ 23, 44 LHO sowie den zugehörigen Vorläufigen Verwaltungsvorschriften gewährt. Insbesondere bei Erhalt von Zuwendungen von mehreren Zuwendungsgebern für denselben Zweck gilt eine Prüfungspflicht des Zuwendungsempfängers gemäß den vorgenannten rechtlichen Regelungen.

Wir versichern die ordnungsgemäße Verbuchung und Verwaltung der Zuwendung durch die Antragstellerin/den Antragsteller bzw. die Institution.

Wir verpflichten uns zur völligen bzw. teilweisen Rückzahlung der Zuwendung, sofern Voraussetzungen, die bei der Bewilligung der Zuwendung maßgebend waren, nicht mehr zutreffen (z. B.: Nichtdurchführung des Vorhabens; wesentliche Verringerung der Teilnehmendenzahl; wesentliche Verringerung der Kosten; Erhalt von (weiteren) Zuwendungen, Spenden u. ä.; etc.).

Es ist uns bekannt, dass die HLZ sich eine Kürzung der beantragten Zuwendung vorbehält.

Unvollständige Antrags- und Abrechnungsunterlagen werden durch die HLZ postalisch zurückgesendet und erst nach vollständigem Eingang weiter bearbeitet.

Hiermit versichern wir die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

ggf. Stempel	Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller bzw. Vorsitz/Geschäftsführung der Institution
---------------------	--------------	--

Datenschutzhinweise: Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (EU), dem Bundesdatenschutzgesetz und dem Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz. Innerhalb der HLZ erhalten nur diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen. Ihre Daten werden weder innerhalb der HLZ an andere Referate, noch an Dritte weitergegeben.

Erklärungen

gegenüber der Bewilligungs-
behörde

**Hessische Landeszentrale für politische Bildung
Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden**

in Bezug auf den

- Antrag auf Gewährung einer
Zuwendung vom
- für die beantragte(n) Maß-
nahme(n) (Zweck / Projekt)
- des / der Antragstellers/-in

Hiermit erkläre/n ich / wir,

- dass mit der / den o.g. **Maßnahme(n) noch nicht begonnen worden ist** und vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides nicht mit der / den o.g. Maßnahme(n) begonnen werden wird.¹⁾

(Maßgeblicher Zeitpunkt für den Vorhabensbeginn ist der Tag, an dem die Auftragsbekanntmachung für den ersten Ausführungsauftrag zur Veröffentlichung abgesendet oder das Vergabeverfahren auf sonstige Weise eingeleitet wird. Muss kein förmliches Vergabeverfahren durchgeführt werden oder kommt das Vergaberecht nicht zur Anwendung, gilt als Vorhabensbeginn der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)

- dass mit der / den o.g. Maßnahme(n) noch nicht begonnen wurde, diese jedoch bereits vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides begonnen werden muss / müssen. Daher wird der **vorzeitige Maßnahmenbeginn**²⁾ beantragt ab dem _____

Mir / uns ist bewusst, dass mit der Gestattung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns durch die Bewilligungsbehörde **keine Zusage** für die Gewährung einer Zuwendung verbunden ist.

- allgemein oder für das betreffende Vorhaben **nicht zum Vorsteuerabzug** nach § 15 Umsatzsteuergesetz – UStG – berechtigt zu sein.³⁾

Mir / uns ist bewusst, dass andernfalls – ich / wir **sind** zum Vorsteuerabzug berechtigt – die Kostenansätze im Finanzierungsplan **ohne Umsatzsteuer** veranschlagt werden müssen.

Datum, Rechtsverbindliche Unterschrift/en
Unterschrift in Druckbuchstaben wiederholen

¹⁾ Gem. VV zu § 44 LHO Nr. 3.3.1.

²⁾ Gem. VV zu § 44 LHO Nr. 1.3.

³⁾ Gem. VV zu § 44 LHO Nr. 3.3.3.